

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Juli 1953

Nr. 77

Preis S 2.-

=====

NACH DEM STURZ BERIAS
=====

Der Sturz Berias kam für uns nicht überraschend. Vor wenigen Wochen schrieben wir: "Gegenwärtig sind die bonapartistischen Spitzen der Bürokratie gezwungen, sich ohne Kämpfe und ohne größere Spaltungen um die neuen Chefs Malenkov-Beria-Molotow-Chruschtschew.... zu gruppieren. Aber diese Phase der Einigkeit und der Ungruppierung kann nur vorübergehend sein." x) Überraschend ist, wie schnell es zu einem offenen Bruch innerhalb der bürokratischen Spitzen gekommen ist.

Die reformistischen und kapitalistischen Kommentatoren der Ereignisse in der SU sehen die Hintergründe zum Sturz Berias nur im Machtkampf der Nachfolger Stalins untereinander. Diese Erklärung ist oberflächlich und übersieht die Hauptsache.

Die Hauptsorge der Malenkov, Bulganin, Molotow, Chruschtschew, der Marschälle usw. ist bestimmt nicht nur, einen bewaffneten Kampf um die persönliche Diktatur zu beginnen. Ihre Hauptsorge ist eine andere: das ins Schwanken geratene bürokratische Regime zu stabilisieren. Der erste Versuch der Krenloclique nach Stalins Tod, die Unzufriedenheit der breiten Massen der SU über die bürokratische Führung von Partei, Staat und Wirtschaft zu beschwichtigen, war die Einführung einer "liberaleren" Politik: die verhafteten Ärzte wurden freigelassen, der "Führerkult" gedämpft, eine Preissenkung durchgeführt usw.

Der aktive Widerstand der Massen in den Satellitenstaaten, besonders in Ostdeutschland und in der Tschechoslowakei, war eine weitere ernste Warnung an die bürokratischen Spitzen. Die "Liberalisierung" war entweder zu wenig weitreichend oder hat sogar eine gegenteilige Wirkung erzielt und die Massen in ihrem Widerstand ermutigt. Es wäre ein Wunder, wenn diese Probleme nicht zu schwersten Differenzen innerhalb der Bürokratie geführt hätten.

Die Krenloclique hat nach Stalins Tod den Anschein zu erwecken versucht, daß es ihr Bestreben sei, verschiedene Merkmale der stalinistischen Diktatur abzulegen oder zumindest abzuschwächen. Die Vorgänge um Berias Sturz herum zeigen, daß sie den bei so jähem Wen-

x) Siehe "Der Spartakist" Nr. 76, Juni 1953, Seite 7.

dungen üblichen Stil des verstorbenen "Meisters" beibehalten hat. Berias Sturz wurde innerhalb einer kleinen Spitzengruppe vorbereitet und, nachdem die Massen bis zuletzt durch die Versicherung über die Einigkeit der "Führer" getäuscht worden waren, nach dem Muster einer Palastrevolution durchgeführt. Zu diesem Stil gehört die der Tradition aller bisherigen "Säuberungen" folgende massive Beschuldigung durch die "Prawda", daß Beria "versucht hatte, sich der Leitung der Partei und des Staates zu bemächtigen, um die Politik der Partei durch eine Politik der Kapitulation zu ersetzen, welche schließlich zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus geführt hätte."x) Folgt nun der Hinweis, Beria sei ein direkter Söldling der Imperialisten gewesen und seine "Entlarvung" bedeute eine Stärkung der SU. Alle diese Beschuldigungen sind reichlich abstrakt und entbehren der konkreten Hinweise; Schlüsse können deshalb nur in Zusammenhang mit der Politik der Kremlclique gezogen werden.

Zunächst ist in der offiziellen Erklärung der "Prawda" ein Eingeständnis zwischen den Zeilen wichtig: daß Beria den Versuch unternommen hat, die Partei unter die Kontrolle der politischen Polizei zu stellen. Wieso ein solcher Versuch innerhalb der "Sowjetdemokratie", angesichts der "moralisch-politischen Einheit des Sowjetvolkes", in der "Phase des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus" überhaupt möglich ist, darüber schweigt sich die "Prawda" aus. In Wirklichkeit besteht die Kontrolle der exboltschewistischen Partei durch die GPU schon seit dem Emporkommen Stalins und war eines der wichtigsten Mittel zur Errichtung und Konsolidierung von dessen persönlicher Diktatur. Die Wahrheit ist, daß Beria in dieser Hinsicht seit vielen Jahren die rechte Hand Stalins war und daß nun, nach dem Wegfall des obersten Schiedsrichters, die Verfügung über die politische Polizei Beria ein derartiges Machtpotential verliehen hat, daß die übrigen "Führer" sich ihres gefährlichsten Konkurrenten schleunigst entledigen mußten, wollten nicht sie in die Rolle von "Verrätern" gedrängt werden. Bis hierher scheint dem Ausgang der ersten Runde des Machtkampfes zwischen den Nachfolgern Stalins das Signum des Zufalls anzuhängen. Was wäre gewesen, wenn Beria den anderen zuvorgekommen wäre, usw? Die so fragen, übersehen, daß sich in der Sowjetgesellschaft infolge der Umwandlung des Landes in einen mächtigen Industriestaat tiefgreifende Prozesse sozialer Veränderungen vollzogen haben, die, zuerst molekularer Natur, nun einen Reifegrad erlangt haben, der nach einer grundlegenden Änderung in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten der Sowjetgesellschaft verlangt und der das bisher so starre Gefüge der Diktatur lockert und schließlich zu sprengen droht. Der Sturz Berias geht konform mit der Notwendigkeit der Auflockerung der GPU-Herrschaft; die Malenkow & Co. - obwohl selbst Repräsentanten der bürokratischen Diktatur - haben auf einer Linie operiert, die vorübergehend mit einem mächtigen objektiven Prozeß innerhalb der SU zusammenfällt. Daher wurde Beria zum Sündenbock für die Politik der gesamten Bürokratie gemacht und geopfert. Sein Sturz ist eine weitere Konzession an die Massen.

Hinzu kommt ein Drittes. In den Wochen vor Berias Sturz hat sich innerhalb der Satellitenstaaten eine neue Politik abzuzeichnen begonnen. Am deutlichsten war dies in Ostdeutschland - und zwar vor den Ereignissen des 17. Juni - zu sehen: weitgehende

x) "Neue Züricher Zeitung" vom 11.7.53; die unterstrichenen Stellen sind dort hervorgehoben.

Konzessionen an die kleine und mittlere Bourgeoisie und an die Bauernschaft (Betriebsrückgaben, Steueramnestien, Entkollektivierungsmöglichkeiten) bei gleichzeitiger Offensive gegen die Arbeiterklasse (Erhöhung der Arbeitsnormen, Aufhebung von Fahrbegünstigungen für die Arbeiter auf den Verkehrsmitteln, Verschlechterung der Sozialversicherung, Verteuerung der Lebenshaltung durch Aufhebung der Lebensmittelbewirtschaftung usw.). Diese im Gegensatz zur bisherigen Linie stehende Politik der Konzessionen an Bourgeoisie und Kleinbürgertum könnte als erste Etappe einer allgemeinen und weitreichenden Veränderung in den Beziehungen zwischen SU und Imperialismus gewertet werden: Neutralisierung der deutschen Bourgeoisie durch eine Wiedervereinigung Deutschlands auf Kosten vor allem der ostdeutschen Arbeiter; weitreichendes Kompromiß mit dem Imperialismus durch Konzessionen in der Frage der Satellitenstaaten. Eine solche Politik, falls sie von den Imperialisten akzeptiert wird, käme am ehesten der Neigung der Sowjetbürokratie nach Sicherung ihrer Herrschaft durch Beibehaltung des status quo ("friedliches Nebeneinander von Kapitalismus und Sozialismus") entgegen. Die Frage ist, ob eine solche Politik Aussicht hat, von seiten des Imperialismus realisiert zu werden, und hier ist die Antwort ein klares Nein. Zwei Gründe verwehren dem Imperialismus, ein auf lange Sicht berechnetes Kompromiß mit der SU einzugehen. Der erste Grund ist der, daß die Konzessionen, die die Kromclique den Imperialisten bieten kann, ohne sich selbst aufzugeben, viel zu gering sind, um die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie für längere Zeit in ihrer Wirksamkeit zu paralysieren. Der zweite Grund ist die rasche Entwicklung der internationalen Revolution. Beide Gründe zwingen den Imperialismus, statt eines Kompromisses den Krieg in naher Zukunft zu wählen. Nur jener Teil der Sowjetbürokratie, der am meisten von einem Krieg, der unvermeidlich bereits in seiner ersten Phase da und dort in den Bürgerkrieg übergehen und der internationalen Revolution einen gewaltigen Anstoß geben wird, zu befürchten hat und der bei den eigenen Massen am verhaßtesten ist - der unmittelbare Unterdrückungsapparat mit seiner Spitze - nur jener Teil kann die Neigung haben, den Konsequenzen einer übermächtigen internationalen Entwicklung einerseits durch Verstärkung der Repressionen gegen die Massen ("Polizeikontrolle über die Partei") und Konzessionen an den Imperialismus, um ein langandauerndes Kompromiß zu erreichen ("Kapitulation vor dem Kapitalismus") zu entgehen. Wir können annehmen, daß die Malenkow & Co. jenen Teil der Bürokratie vertreten, der erkennt hat, daß ein langandauerndes Kompromiß nicht mehr zu erreichen ist und daß alles, was zu tun übrig bleibt, die Verbesserung der Ausgangsstellung für den Krieg ist und daß die "Konkordanz" und geänderte Sprache des Kremls den Imperialisten gegenüber nur der Erreichung von Kompromissen auf kurze Sicht gilt. Wir können weiters annehmen, daß Beria Repräsentant eines außenpolitischen Kurses war, der nicht in der Realität fundiert ist und deshalb scheitern mußte.

Wir müssen das Handeln der Malenkow & Co. ohne Illusion, aber auch ohne Voreingenommenheit betrachten. Die Malenkow & Co. sind Feinde der proletarischen Revolution und ihrer Partei. Sie schreiben in ihrer Auseinandersetzung mit Beria in der "Pravda": "Jeder Arbeiter, ungeachtet des von ihm bekleideten Postens, muß unter die Kontrolle der Partei gestellt werden. Die Parteiorganisationen müssen regelmäßig die Tätigkeit aller Organisationen und Verwaltungen all jener Leute kontrollieren, welche verantwortliche

Posten innehaben. Es ist unerlässlich, alle Organe des Innenministeriums einer strikten und systematischen Kontrolle zu unterstellen. Dies ist nicht ein Recht, sondern eine direkte Verpflichtung für alle Parteiorganisationen."

Doch wenn der Arbeiterklasse jetzt erklärt wird, daß die Partei nicht von der Polizei kontrolliert werden darf, dann ist das ein wichtiger Schritt, um innerhalb der Arbeiterklasse die Erkenntnis reifen zu lassen, daß die Partei nicht von der Bürokratie kontrolliert werden darf und an Stelle des bürokratischen Regimes die Arbeiterdemokratie treten muß.

Die Krise des Regimes nach Stalins Tod wird von Reformisten und Kapitalisten gerne mit der Krise nach Lenins Tod 1924 verglichen. Sie "übersehen" den grundlegenden Unterschied der Lage von 1924 zu heute. Damals der Kampf der sich im Rückgang befindlichen Kräfte der Revolution unter der Führung der Linksoption gegen die auf dem Boden der Revolution entstehende Reaktion! Heute der Kampf zwischen der ihre Privilegien und die usurpierte politische Macht verteidigenden Bürokratie und den im Wiederaufstieg begriffenen Kräften der Revolution! Es ist tatsächlich ein Kampf um die Nachfolge Stalins ausgebrochen, aber neben den Malenkows, Molotows, Chruschtschews usw. hat noch ein Kandidat für die politische Macht in der SU seinen Anspruch angemeldet: Die russische Arbeiterklasse!



```

+ + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + +
+
+
+
+
+ Leset und verbreitet
+
+
+ " DER NEUE KURS "
+
+ von Leo Trotzki
+
+ Deutsche Ausgabe herausgegeben
+
+ von den
+
+ INTERNATIONALLEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
+
+ Preis S 5.-
+
+
+
+
+ + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + + +

```

Erklärung des INTERNATIONALEN SEKRETARIATS der IV. Internationale über die Ereignisse in Ostdeutschland und die gegenwärtige allgemeine Lage in den europäischen "Volksdemokratien" und in der SU.

Auf Grund von Informationen und Berichten, die uns nicht nur aus verschiedenen Quellen, sondern auch von unseren eigenen in Berlin und Ostdeutschland tätigen Kämpfern zugekommen sind, sowie auf Grund der programmatischen Einschätzungen und der politischen Linie, welche unsere durch Leo Trotzki begründete internationale Bewegung kennzeichnen, sind wir imstande, die einzig objektive Analyse der jüngsten Ereignisse in Ostdeutschland zu geben und daraus Schlussfolgerungen und Perspektiven zu ziehen, die die ganze internationale Arbeiterbewegung interessieren.

Die Presse und die direkten oder indirekten prokapitalistischen, proimperialistischen Wortführer haben bis jetzt die Ereignisse als eine sogenannte Revolte der deutschen Arbeitermassen gegen "das kommunistische Regime" und gegen die SU auszunutzen versucht, um damit noch heftiger ihre Propaganda für den von ihnen vorbereiteten konterrevolutionären Krieg zu verstärken. Sie versuchen, diese Ereignisse auszunutzen, um hinter ihnen ihre eigenen Schwierigkeiten, ihre eigenen Verbrechen und konterrevolutionären, reaktionären Kriegspläne, welche absolut nichts mit einer wirklichen Verteidigung der materiellen, kulturellen und politischen Interessen der Arbeitermassen der ganzen Welt zu tun haben, zu verstecken. Die Empörungsschreie der sozialdemokratischen Führungen klingen nicht weniger falsch. Sie, die fast bedingungslose Gefolgsleute an Seite ihrer Kapitalisten bei deren schmutzigen Kolonialkriegen oder dem antisowjetischen Krieg unter amerikanischer Führung sind, sie, die in der Praxis Verteidiger des kapitalistischen Status quo und Spalter der Arbeiterbewegung sind, haben ihren Nachahmern im Bürokratismus, den stalinistischen Führungen, keine Lehren zu geben.

Andererseits haben die Presse und die Wortführer des Kreml und der Satellitenregierungen der europäischen "Volksdemokratien" und der Kommunistischen Parteien in aller Welt, bestürzt, überrascht und von Angst ergriffen durch die mächtige Erhebung der Arbeitermassen in Ostdeutschland, sich in einer Reihe widersprüchlicher Erklärungen, Verlegenheiten und Lügen übertroffen, welche ihren bürokratischen Charakter illustrieren.

Einzig unsere Bewegung, die IV. Internationale, unter deren Fahne tausende von Menschen in der SU und auf allen Kontinenten gekämpft haben, um die bürokratische, stalinistische Entartung der SU und der durch die III. Internationale beeinflussten Arbeiterbewegung zu verhindern, kann die tiefe Bedeutung der im Gange befindlichen Ereignisse verstehen und offen die ganze Wahrheit den Arbeitern sagen.

Arbeiter und arme Bauern der ganzen Welt! In Ostdeutschland, in Berlin, Magdeburg, Leipzig, Halle, Rostock, Wismar, Merseburg beginnen sich die ersten Anzeichen einer politischen Revolution der Arbeitermassen eines ökonomisch und kulturell so entwickelten Landes, wie es Deutschland ist, gegen das unter dem Namen des Sozialismus und unter der Vorherrschaft der Sowjetbürokratie und ihrer einheimischen Nachahmer errichtete bürokratische Polizeiregime abzuzeichnen.

Dieser erste Versuch einer politischen Revolution der am meisten vorgeschrittenen deutschen Arbeiter (wie auch ihrer tschechischen Brüder) innerhalb des durch die Sowjetbürokratie

kontrollierten Raumes hat absolut nichts gemein mit der angeblichen Sympathie dieser Arbeiter mit dem kapitalistischen Regime Bonns oder der "demokratischen" kapitalistischen Länder des Westens oder mit dem amerikanischen Imperialismus, ihrem obersten Patron. Er hat sich entschlossen gegen den Kapitalismus und zugleich gegen die politische Expropriation der Arbeiterklasse, gegen ein bürokratisches Polizeiregime gerichtet, welches die Arbeiterklasse der direkten Kontrolle und Führung des antikapitalistischen Staates beraubt. Seine historische Bedeutung ist nicht zu überschätzen; er ist ein gewaltiger Schritt vorwärts.

Die Reaktionen von Bonn, London, Paris und Washington haben von einer solchen Bewegung nichts zu hoffen.

Sie bewegt sich nicht auf den Geleisen des historisch unwiderfürlich niedergehenden Kapitalismus, sondern auf denen einer Entfaltung einer wirklichen proletarischen und sozialistischen Demokratie. Sie ist der Beginn einer neuen nachstalinistischen, antistalinistischen Ära, in der die revolutionären Kräfte sowohl in der kapitalistischen Welt wie in der SU und den "Volksdemokratien" selbst reif werden, an die Oberfläche kommen, offen in Erscheinung treten und siegen werden. Sie reiht sich dem revolutionären Aufstieg im Weltmaßstab ein, der das Kräfteverhältnis zwischen dem Kapitalismus und den Massen beständig zu Gunsten der letzteren verändert, so wie dieser Aufstieg das Verhältnis zwischen den Massen und den bürokratischen Führungen ebenfalls zu Gunsten der Massen verändert.

Um das, was sich in Ostdeutschland und der Tschechoslowakei, in den "Volksdemokratien" und der SU selbst ereignet hat und ereignen wird, zu verstehen, muß man sich an folgende Tatsachen halten:

In allen diesen Ländern hatte die Sowjetbürokratie zu Lebzeiten Stalins ein bürokratisches Polizeiregime errichtet, welches im Gegensatz zu den Hoffnungen, Interessen und Bedürfnissen der breiten Massen steht. Deren Unzufriedenheit war groß und vergrößerte sich, angeregt durch den revolutionären Aufstieg im Weltmaßstab, zusehends. Der Tod Stalins hat die Krise in der SU und in den "Volksdemokratien" ausgelöst. Seine Nachfolger, die sich viel bewußter als er selbst über diese zunehmende Spannung sind, sahen sich gezwungen, eine Reihe von Reformen und Konzessionen zu geben, um die Spannungen abzuschwächen und so ihr Regime auf eine volkstümlichere Basis zu stellen. Wahrscheinlich auch aus dem Grund, um ihre innere Lage besser meistern zu können, haben sie eine Politik formeller Konzessionen an den Imperialismus mit dem Ziel eingeleitet, die Spannung mit diesem zu verringern und soweit als möglich Zeit zu gewinnen.

Aber ihre Konzessionen kamen nicht schnell genug und wurden auch nicht auf offene und direkte Art und Weise durchgeführt. Die ungeduldigen und versweifelten Massen gingen zur Aktion über.

In den Ländern, in denen das kulturelle Niveau am höchsten und die allgemeinen Bedingungen am günstigsten sind, in der Tschechoslowakei und besonders in Ostdeutschland, hat die politische Revolution der Arbeitermassen gegen das stalinistisch inspirierte und in Szene gesetzte bürokratische Polizeiregime schon begonnen.

Die Massenaktionen, die in diesen beiden Ländern im Mai und im Juni, nach dem Tode Stalins, stattgefunden haben, sind das Endergebnis eines langen Entwicklungsprozesses des Bewußtseins, der Neuorientierung und selbst der organisatorischen Umgruppierung in den Reihen der am meisten vorgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse.

Es wird jetzt bekräftigt, daß es schon seit 1949 in diesen beiden Ländern einen organisierten Widerstand der Arbeiter gegen

die bürokratischen Methoden der Antreiberei in den Fabriken und die Polizeikontrolle über die Arbeiter gegeben hat. Die Arbeiter haben sich diesen Maßnahmen widersetzt und in den Fabriken und Gewerkschaften Widerstandsgruppen gebildet, um auch die von der Bürokratie selbst geführten unteren Organisationen, wie z.B. die Betriebskomitees und Betriebssektionen wieder für ihre eigene Sache zu gewinnen. Die durch die ganze Gesetzgebung und durch die von den bürokratischen Führungen verlautbarten Arbeitsmethoden (ungünstige Kollektivverträge für die Arbeiter und zwangsweise Erhöhung der Normen) eingetretene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ohne Gewährungen von Kompensationen auf dem Gebiet der Löhne, Mieten und der Ernährung, ist auf einen immer heftigeren und organisierteren Widerstand von Seiten der Arbeiter gestoßen.

Wenn dieser Widerstand auf eine so umfangreiche und eindrucksvolle Art in Ostdeutschland ausbrechen konnte, so erklärt sich das durch folgende Bedingungen:

- a) die Arbeiterklasse dieses Landes ist traditionell eine der entwickeltsten und am besten organisiertesten des ganzen Glacis;
- b) sie ist am weitesten von der SU entfernt und dem Westen am nächsten;
- c) sie wurde anfangs von den sowjetischen Besatzungstruppen am meisten unterdrückt, da sie einer besiegten "feindlichen" Nation angehört;
- d) besondere Umstände haben die Ereignisse in dieser Zone ausgelöst:
 - sie wurde in der letzten Zeit von einer zugespitzten ökonomischen Krise ergriffen. Die Ernährung war ungenügend und nicht gut. Die laufenden Konsumgüter fehlten und waren teuer. Der Rhythmus des Wiederaufbaus von Arbeiterwohnungen stand nicht im Einklang mit den Bedürfnissen;
 - die am 10. Juni in Ostdeutschland gemachten Konzessionen richteten sich nur an die Mittelklassen und vernachlässigten die Arbeiterklasse vollständig. Sie hoben auch nicht die "Erhöhung der Arbeitsnormen" auf;
 - die durch den Kreml und die Sowjetbehörden nach Stalins Tod durchgeführten Maßnahmen zur Entspannung machten im ganzen Glacis ein Nachlassen des bürokratischen Polizeiregimes fühlbar;
 - der durch die Leitung der SED offen bekannte fehlerhafte frühere Kurs ihrer Politik wirkte auf die Massen, bei Berücksichtigung der oben angeführten Gründe, ermutigend, vervielfachte ihre Energie und löste so ihre Aktion aus.

Nur die Gesamtheit der durch diese Umstände geschaffenen Bedingungen erklären die Ereignisse in Ostdeutschland. Sie sind der Ausbruch einer reinen Arbeiterbewegung im Rahmen eines sozialen Regimes, das strikt antikapitalistisch ist, gegen das bürokratische Polizeiregime. Die in Berlin stattgerundene Einmischung zweifelhafter Elemente, Unruhestifter und echter Provokateure und Reaktionsäre in Verbindung mit den Demonstrationen von Ost und West hat den proletarisch-antikapitalistischen Charakter der Massenbewegung in gewissen Momenten sicher verfälscht. Die Pressepropaganda, die bürgerlichen Politiker und deren reaktionäre Agenten haben in der Folge versucht, diese episodischen und zweitrangigen Ereignisse besonders herauszustreichen. Es waren aber die durch die Arbeiter bei ihren Streiks und Straßendemonstrationen wie auch in ihren Versammlungen klar ausgedrückten Forderungen, die den wahren Klassen-

charakter ihrer Bewegung gegen die Gesetzgebung und die bürokratischen Arbeitsmethoden, für eine Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen, für die Demokratisierung der Partei und der Gewerkschaften, illustrierten, wenn sie auch an gewissen Orten die Forderung nach allgemeinen, geheimen und freien Wahlen in ganz Deutschland hinzufügten, um einen Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen zu sichern.

Wenn die Kapitalisten von einer solchen Bewegung nichts zu hoffen haben und sich in Wirklichkeit in ihren Betrachtungen auf Grund dieses Aufstiegs der wirklich revolutionären Kräfte auf allen Gebieten außerordentlich beunruhigt fühlen, so können die Sowjetführer und die Führer der verschiedenen "Volksdemokratien" und der kommunistischen Parteien die tiefe Bedeutung dieser Ereignisse nur fälscher und ignorieren. Sie sind gegenüber den Massen zu einer Politik noch umfangreicherer und reellerer Konzessionen gezwungen, um nicht deren Unterstützung zu verlieren und noch stärkere Explosionen zu provozieren.

Sie können von nun an nicht mehr auf halbem Wege anhalten. Um den Ausbruch noch schwererer Explosionen in der unmittelbaren Zukunft zu verhüten, werden sie sich bemühen, durch die Gewährung von schrittweisen Konzessionen die gegenwärtig unerträgliche Lage für die Massen auf kaltem Wege zu verbessern. Aber diese werden kein Vertrauen zu ihnen haben.

Binzig die auf der Basis eines klar umrissenen politischen Programms organisierte Aktion kann ein Ende des bürokratischen Regimes ohne Preisgabe der antikapitalistischen sozialen Errungenschaften herbeiführen und so auch die Pläne der den Krieg vorbereitenden kapitalistischen Reaktion zunichte machen.

Das gegenwärtig in der SU wie auch in den "Volksdemokratien" auf der Tagesordnung stehende Programm der politischen Revolution lautet wie folgt:

- wirkliche Machtorgane des Volkes, die eine tatsächliche Kontrolle über den Staat in allen Stufen und die Regierung ausüben und die demokratisch durch alle Arbeiter gewählt werden.
- Wirkliche Demokratisierung der kommunistischen Parteien.
- Legalisierung aller Arbeiterparteien.
- Vollständige Autonomie der Gewerkschaften gegenüber dem Staat, den Arbeiterstaat mitinbegriffen.
- Demokratische Ausarbeitung des Wirtschaftsplans durch die Arbeiter und für die Arbeiter.

Das ist das Programm, das die IV. Internationale immer verteidigt hat und das die Massen heute, durch ihre eigenen Erfahrungen belohnt spontan wiederaufnehmen. Wenn sie auf diesem Wege weiterschreiten, werden sie das antikapitalistische Regime der SU und der "Volksdemokratien" nicht schwächen, sondern im Gegenteil dieses festigen und stärken. Nur so werden sie es unverwundbar gegenüber den Angriffen der Kapitalisten und ihrer Agenten machen.

Nieder mit dem Kapitalismus und dem von ihm vorbereiteten konterrevolutionären Krieg!

Es lebe die proletarische Demokratie!

Es lebe die sozialistische Wiedergeburt der SU, der "Volksdemokratien" und der internationalen Arbeiterbewegung.

25. Juni 1953

Das Internationale Sekretariat der

IV. Internationale.

Redaktionschluß: 19.7.53